Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 10. Wahlperiode, 1979-80

25.01.1982 - Drucksache 10/731

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/731
25. 01. 82

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 42

Der Petitionsausschuß hat am 25. Januar 1982 die nachstehend aufgeführten acht Eingaben abschließend beraten. **Der Ausschuß bittet, die Bürgerschaft (Landtag) möge über die Petitionen wie empfohlen beschließen.**

von der Schulenburg
(Vorsitzender)

Der Ausschuß bittet, folgende Eingabe dem Senat mit der Bitte um Abhilfe zuzuleiten:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
L 10/192	Übernahme von Rechtsanwaltskosten	Bei Verhandlungen mit mehreren senatorischen Dienststellen hat sich der Petent anwaltlicher Hilfe bedient. Die Übernahme der Anwaltskosten durch die Stadtgemeinde Bremen war Bestandteil des Vergleichsvorschlages, dem seitens der Stadtgemeinde nicht widersprochen wurde. Die beteiligten Ämter räumen dies ein. Unabhängig davon, welche Behörde letztlich die Kosten zu übernehmen hat, steht der Vertrauensschutz des Petenten vor allen anderen Überlegungen.

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
L 10/398	Anerkennung einer Berufskrankheit	Seit 1979 läuft bei der Berufsgenossenschaft ein Prüfverfahren auf Anerkennung einer Berufskrankheit. Dieses Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Der Rentenausschuß der Berufsgenossenschaft wird darüber entscheiden, ob die Berufskrankheit anerkannt werden kann, wobei die Erwerbsfähigkeit um mindestens 20 % eingeschränkt sein muß. Weitere Gutachter können eingeschaltet werden. Strittige Verfahren werden von der Sozialgerichtsbarkeit entschieden.
L 10/413	Bessere Versorgung und Betreuung von Kleinkindern in einem Stadtteil	Bereits vor Einreichung wurden Beschlüsse gefaßt und Maßnahmen eingeleitet, die eine umfassende Versorgung und Betreuung von Kleinkindern in dem Stadtteil zum Frühjahr 1982 ermöglichen.

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären, da sie nicht abhilfefähig sind:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
L 10/412	Vorzeitige Ernennung zum Obersekretär	Dem Begehren kann nach geltendem Recht nicht entsprochen werden.
L 10/425	Hilfe bei einer Mietstreitigkeit	Es handelt sich um eine privatrechtliche Streitigkeit, auf die der Petitionsausschuß keinen Einfluß nehmen darf.
L 10/432	Beschwerde über eine Nachbarin	Es handelt sich um eine private Streitigkeit zwischen Nachbarn, in die der Petitionsausschuß nicht eingreifen kann.

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben als unbegründet zurückzuweisen:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
L 10/400	Beschwerde über angeblich mangelhafte ärztliche Versorgung in der JVA Oslebshausen	Nach den getroffenen Feststellungen war und ist die ärztliche Versorgung des Petenten gewährleistet. Dazu gehört u. a., daß der Petent am 14. Januar 1982 auf Veranlassung des Lazaretts der JVA Oslebshausen in das Zentralkrankenhaus nach Hamburg zur stationären Behandlung verlegt worden ist.
L 10/416	Beschwerde über eine Maßnahme der Hauptfürsorgestelle	Die Maßnahme der Hauptfürsorgestelle (Erteilung einer Bescheinigung) ist nicht zu beanstanden. Die beanstandete Erteilung der Bescheinigung geschah ausschließlich im wohlverstandenen Interesse der Petentin.

Druck: Anker-Druck Bremen